

Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz : "eingespieltes Zusammenwirken als Erfolgsfaktor"

Autor(en): **Würgler, Thomas / Müller, Beat / Trachsel, Stefan**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und
Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **6 (2013)**

Heft 16

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-391616>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz

«Eingespieltes Zusammenwirken als Erfolgsfaktor»



Thomas Würigler

Präsident der Konferenz
der Kantonalen
Polizeikommandanten
der Schweiz KKPKS

Wie hat sich in den letzten zehn Jahren die Situation Ihrer Organisation in personeller und organisatorischer Hinsicht entwickelt?

Die Polizeibestände sind seit 2003 nominell angestiegen von gut 14800 Stellen à 100 Prozent auf etwas über 17100 – also um rund 15 Prozent. Setzt man diesen Anstieg jedoch in Relation zur Wohnbevölkerung, d.h. nimmt man die Polizeidichte, so beträgt die Zunahme lediglich etwa 5 Prozent. Zu berücksichtigen ist dabei die zunehmende Zahl neuer Aufgaben beziehungsweise solcher Aufgaben, die heute vergleichsweise wesentlich mehr Aufwand und Ressourcen beanspruchen: mehr Verkehr / erweitertes Strassennetz, 24-Stunden-Gesellschaft mit Einsätzen rund um die Uhr, Kriminaltourismus, steigende Gewaltbereitschaft, Cybercrime, Hooliganismus, mehr Bürokratie (auch als Folge der Schweizerischen Strafprozessordnung) etc.

Welche Bedeutung hat die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen im gesamten Spektrum der Aufgaben Ihrer Organisation?

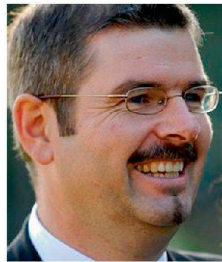
Die Polizei ist bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen in der Regel als erste Organisation der BORS, der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit, vor Ort und organisatorisch wie auch professionell sehr stark gefordert. Solche Einsätze haben absoluten Vorrang vor dem Tagesgeschäft und speziell in diesen Fällen setzen die Bürgerinnen und Bürger qualitativ und quantitativ sehr hohe Erwartungen an ihre Polizei. Es gilt, sich so rasch wie möglich eine Übersicht über die Situation zu verschaffen und nach einer Lagebeurteilung weitere Einsatzkräfte aufzubieten, Rettungswege sicherzustellen und die Bevölkerung zu orientieren. Selbstverständlich spielt dabei der Faktor Zeit eine zentrale Rolle, geht es doch vielfach um Rettung von Menschenleben und um Schadensminderung. Dementsprechend intensiv und wichtig sind die notwendigen Vorbereitungen wie Ausbildung und Ausrüstung.

Mit dem 2004 in Kraft gesetzten Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz wurde ein Verbundsystem von fünf Partnerorganisationen geschaffen. Unter einem zivilen Führungsorgan arbeiten Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen Hand in Hand. Wie beurteilen die Partnerorganisationen heute die Situation?



Beat Müller

Generalsekretär der
Feuerwehr Koordination
Schweiz FKS



Stefan Trachsel

Chef Geschäftsstelle
Koordinierter Sanitätsdienst
KSD

Die Feuerwehren in der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein haben – auf der Grundlage der Konzeptionen «Feuerwehr 2000+» und «Feuerwehr 2015» – in dieser Zeit einen erheblichen Wandel durchlaufen. In bewusst gesteuerten Prozessen wurden die Anzahl Feuerwehrorganisationen um rund ein Drittel auf noch 1541 Organisationen und die Anzahl der Angehörigen der Feuerwehr um gut 20 Prozent auf einen Gesamtbestand von rund 97 000 Personen reduziert. Im gleichen Zeitraum haben sich die Anforderungen insofern gewandelt, als immer weniger, dafür aber besser ausgebildete und ausgerüstete Feuerwehrleute mit mehr Einsatzerfahrung stets mannigfaltiger werdende Schadenereignisse bewältigen müssen. Bei den Einsatzarten hat sich tendenziell eine Verschiebung von der effektiven Brandbekämpfung zur Bewältigung von Elementarereignissen ergeben. Zur Aufrechterhaltung des Milizsystems drängt sich eine Fokussierung auf die Kernaufgaben auf, die im Grundsatz I der Konzeption «Feuerwehr 2015» festgehalten sind (www.feukos.ch).

Zum Glück wurde die Schweiz in den vergangenen Jahren nur selten und von wenigen Katastrophen oder Notlagen heimgesucht; zu denken ist dabei aus der Sicht der Feuerwehr etwa an die grossflächigen Hochwasserereignisse der Jahre 2005 und 2007. In dieser Betrachtungsweise kommen die Feuerwehr, aber auch die übrigen Partnerorganisationen des Verbundsystems Bevölkerungsschutz nur selten zum Einsatz. Der weitaus grösste Teil, nämlich über 99 Prozent der jährlich rund 70 000 alarmmässigen Einsätze der Feuerwehr stellen Alltagsereignisse bis hin zu Grossereignissen dar, die von den drei Blaulichtorganisationen Feuerwehr, Polizei und Sanität eigenständig, ohne Notwendigkeit der übergeordneten Führung, bewältigt werden. Die Feuerwehr ist jedoch in der Lage, als Ersteinsatzformation die geeigneten Massnahmen zur Bewältigung von Katastrophen zu treffen und zwar im gesamten Einsatzspektrum der Kernaufgaben. Selbstverständlich zieht sie bei Bedarf auch Spezialisten aus andern Organisationen bei.

Im Gesundheitswesen ist die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen ein Thema unter vielen. Ereignisse wie das Carunglück bei Siders, der Amoklauf in Menznau oder der Tsunami bzw. die Nuklearkatastrophe in Fukushima zeigen, wie verwundbar eine moderne Gesellschaft ist und wie wichtig Vorbereitungen zur Bewältigung von Ereignissen sind, die jederzeit über uns hereinbrechen können. Im Koordinierten Sanitätsdienst KSD werden Erkenntnisse aus verschiedensten Schadenereignissen fortlaufend verarbeitet. Sie fliessen ein in die entsprechenden Ausbildungen, Empfehlungen, Massnahmen und Projekte zur Erhöhung unserer Resilienz. In den letzten zehn Jahren wurde im Rahmen des KSD in wichtigen Bereichen eine «Unité de doctrine» erreicht: Sanitätsdienstliche Führung am Schadenplatz, psychologische Nothilfe und ABC-Dekontamination von Personen. Mit dem «Alarmplan Brandverletzte» können zudem bei einem Ereignis mit vielen schwer Brandverletzten kurzfristig neue Kapazitäten geschaffen werden.

Die für einen Massenanfall getroffenen Vorbereitungen in den Spitälern für die ABC-Dekontamination von Personen nützen gerade auch im Alltag (Unfälle mit Schwefelsäure, Gülle usw.). Das für Katastrophen aufgebaute Angebot zur psychologischen Nothilfe kommt mehrheitlich bei Alltagsereignissen zum Tragen. So erhalten Care Teams Einsatzerfahrungen, die im Katastrophenfall wertvoll sind. Auch nehmen Sicherheitsbeauftragte in den Spitälern ihre Aufgabe ernst und wappnen sich so gut wie möglich gegen interne und externe Gefahren im Spital. Das Personal ist immer weniger geübt in ausserordentlichen Situationen; dieses Manko sollte unbedingt behoben werden. Der Spagat zwischen abnehmenden Ressourcen (Spitalschliessungen, Betten- und Personalabbau) und zunehmenden Risiken wird immer grösser. Das öffentliche Gesundheitswesen verfügt bereits im Alltag nur noch über minime Reserven. Eine Koordination aller sanitätsdienstlichen Mittel unter den KSD-Partnern ist notwendiger denn je.

Welche Funktion hat der Zivilschutz aus der Sicht Ihrer Organisation? Und wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz?

Bei der Bewältigung von Grossereignissen, Katastrophen und Notlagen ist der Zivilschutz ein wichtiger Partner und kommt schwergewichtig als Mittel der zweiten Staffel im Verbundsystem des Bevölkerungsschutzes zum Einsatz. Nebst den angestammten Aufgaben unterstützt er die übrigen Einsatzkräfte und hilft so, personelle Engpässe der Partnerorganisationen zu beheben oder diese zu entlasten von bestimmten Aufgaben wie Absperrungen, Umleiten, Absuchen, Transportieren, Betreuen, Kommunikationsaufgaben etc. Der Zivilschutz leistet vor, während und nach Ereignissen einen grossen Einsatz zugunsten der Bevölkerung und der übrigen Einsatzkräfte. Dies entlastet

«Die Zusammenarbeit zwischen Zivilschutz und Polizei ist vertrauensvoll, konstruktiv und für alle Seiten gewinnbringend.»

Thomas Würzler

Mit welchen besonderen Aufgaben und Herausforderungen sieht sich Ihre Organisation heute konfrontiert?

die Blaulichtorganisationen insbesondere bei planbaren Grossanlässen, wo der Zivilschutz nach Absprachen und/oder Vereinbarungen zusätzliche Aufgaben übernehmen, die Sicherheit erhöhen und den Verbund stärken kann. Die Zusammenarbeit zwischen Zivilschutz und Polizei ist vertrauensvoll, konstruktiv und für alle Seiten gewinnbringend.

Die Schweizer Polizei geniesst das Vertrauen der Bevölkerung, wie eine seit Jahren durchgeführte Erhebung der ETH Zürich regelmässig bestätigt. Dieses Vertrauen wurde dadurch erarbeitet, dass man nahe beim Menschen ist und die Sorgen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Daneben aber erwarten Bevölkerung und Politik von ihrer Polizei, dass sie Bedrohungen ernst nimmt und in der Lage ist, rasch auch bei neuen Phänomenen – wie 24-Stunden-Gesellschaft, Raserproblematik, gehäufte Straftaten von Asylsuchenden, Internetkriminalität, Gewalt in jeglicher Form etc. – angemessene Gegenstrategien zu finden. Zwei Entwicklungen stellen die Polizei vor grosse Probleme: Die regelmässigen Einsätze gegen die Gewalt im Zusammenhang mit Sportanlässen und Ausschreitungen in der Partyszene. Zusätzlich belasten Grossanlässe wie das WEF oder Konferenzen die Korps und sind in der Regel kaum mehr ohne gegenseitige Unterstützung zu bewältigen.

Auch die immer rascher voranschreitende Entwicklung in Technik und Informatik zwingt die Polizeikorps zu einer engeren Kooperation, um die knappen finanziellen Mittel weiterhin wirtschaftlich einsetzen zu können. Damit das föderalistisch aufgebaute Polizeiwesen, das der Schweiz eine auf die Bevölkerung orientierte Sicherheitsarbeit garantiert, erhalten werden kann, braucht es somit mehr Kooperation. Als wichtige Partner des Sicherheitsverbundes Schweiz nimmt die Polizei diese Entwicklungen ernst. Bürgernahe Polizeiarbeit und ein eingespieltes Zusammenwirken aller Polizeikorps untereinander und mit allen Sicherheitspartnern sind unsere Erfolgsfaktoren.



Der Zivilschutz unterstützt die Polizei etwa bei Absperrungen.

Die Feuerwehr kommt bei Schadenereignissen als Ersteinsatzformation zum Tragen. Sie kann innert kürzester Zeit – ein Ersteinsatzelement innert einer Viertelstunde! – mit der entsprechenden Ausrüstung und notwendigen Ausstattung in den Einsatz gehen. Diese Leistung vermag sie jedoch nur während einer beschränkten Zeit zu erbringen, in der Regel bis zu 2 Tagen. Sie ist deshalb, insbesondere bei Naturereignissen, auf die Unterstützung und Ablösung durch den Zivilschutz, allenfalls die Armee angewiesen, um jederzeit wieder für ihren Primäreinsatz wie die Brandbekämpfung zur Verfügung zu stehen. Selbstverständlich ist sie durch die Organisation von Ablösungen in der Lage, lange andauernden Bränden zu bewältigen, ist sie doch die einzige dafür geschaffene und geeignete Einsatzorganisation. Die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Zivilschutz hat sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt. Es wird jedoch notwendig sein, die ursprüngliche, bei der Entwicklung des Verbundsystems Bevölkerungsschutz geschaffene Aufgabenabgrenzung nicht zu verwässern.

Der Feuerwehrdienst wird heute – ausserhalb der 14 Berufsfeuerwehren mit ihren rund 1300 Angehörigen – ausschliesslich von Freiwilligen geleistet. Damit auch in Zukunft die notwendige Rekrutierung von Freiwilligen vorgenommen werden kann, aber auch die bereits Eingeteilten ihren Dienst an der Allgemeinheit weiter zu leisten

«Die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Zivilschutz hat sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt.»

Beat Müller

bereit sind, müssen geeignete Rahmenbedingungen bestehen, tendenziell verbessert werden. Mit der gesetzlichen Regelung der Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes konnte ein Schritt in die richtige Richtung getan werden. In politischer Hinsicht wird es darum gehen, die kantonale Feuerwehrhoheit, d.h. die Zuständigkeit der Kantone zur Organisation des Feuerwehrwesens integral zu erhalten. Dies betrifft insbesondere die Art der Regelung der Dienstpflicht und der Rekrutierung durch die kantonale Gesetzgebung. Die speziellen Rahmenbedingungen für den Feuerwehrdienst, u. a. die Einsatzbereitschaft während 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr, erfordern eine örtliche Rekrutierung als wesentliche Führungsaufgabe einer Feuerwehr. Die Schaffung einer allgemeinen Dienstpflicht unter Einbezug des Feuerwehrdienstes stellt für die Feuerwehren deshalb keine Lösung dar. Schliesslich gilt es, den heute bestehenden Sicherheitsstandard für die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr auch in Zukunft zu halten, um jederzeit in der Lage zu bleiben, zum Schutz von Mensch, Tier, Umwelt und Sachwerten intervenieren zu können.

Der Zivilschutz hat aus der Sicht des Gesundheitswesens eher eine marginale Funktion. Im weiteren Sinne kann er für das Gesundheitswesen aber eine ideale Unterstützung sein (Betreuung Obdachloser, Betrieb Hotline usw.). Wichtig erachte ich die personelle Unterstützung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS beim Anlegen von Übungen (Stabsübungen, SEISMO usw.) für das Gesundheitswesen. Diese Unterstützung wird aber viel zu wenig genutzt.

Besonders zu erwähnen sind die sanitätsdienstlichen Elemente des Zivilschutzes, die in einigen wenigen Kantonen mit der Reform Bevölkerungsschutz zum Glück nicht aufgehoben worden sind, und die bei lang andauernden Ereignissen das Gesundheitswesen unterstützen können (Stichwort Durchhaltefähigkeit).



Einige Kantone verfügen für den Katastrophenfall über sanitätsdienstliche Elemente des Zivilschutzes.

Herausforderungen für das gesamte Gesundheitswesen sind der Pflegenotstand, der Hausärztemangel sowie die Überalterung und die Individualisierung der Gesellschaft. Die Geschäftsstelle KSD erachtet folgende Aufgaben als wesentlich: Auf Stufe Bund ist das Sanitätsdienstliche Koordinationsgremium SANKO als operatives Einsatzorgan notwendig. Seine Mitglieder sind für die kommenden Herausforderungen zu schulen und die Einsatzfähigkeit des Gremiums ist zu etablieren. Das Informations- und Einsatz-System (IES) soll weiter optimiert und alltags-tauglich werden und sich als strategisches Netzwerk konsolidieren. Als nachhaltige und bedürfnisorientierte Weiterentwicklung im Rahmen der «Sanitätsdienstlichen Führung Grossereignis» (SFG) ist geplant, ein nationales Kompetenzzentrum für Rettungs-, Notfall- und Katastrophenmedizin zu schaffen. Dieses Zentrum soll einer Universität angegliedert sein, um die Lehre und Forschung in diesem Gebiet zu gewährleisten. Neben der Weiterbildung der Ärzte soll auch die Weiterbildung der nicht-ärztlichen Spezialisten mit einbezogen werden. Bestehende nationale Kurse und Weiterbildungsprogramme können so gefördert und optimiert werden.

«Besonders zu erwähnen sind die sanitätsdienstlichen Elemente des Zivilschutzes, die bei lang andauernden Ereignissen das Gesundheitswesen unterstützen können.»

Stefan Trachsel